



Berlin, 20. März 2014

Europas Rolle auf dem Weg zur Klimakonferenz in Paris 2015 stärken - Parlamentarier übernehmen weltweit Verantwortung

— Die Staatengemeinschaft wird sich im November 2015 in Paris treffen, um ein globales Klimaabkommen für die Zeit nach 2020 zu beschließen. Um die gefährlichsten Auswirkungen des Klimawandels zu verhindern, muss in Paris ein ambitioniertes Abkommen verabschiedet werden. Die Festlegung nationaler Minderungsbeiträge ist ein zentraler Schritt für einen Erfolg der Paris-Konferenz. Einer der Beschlüsse der letztjährigen Klimakonferenz COP19 in Warschau war, dass alle Staaten zugestimmt haben, auf nationaler Ebene ihre geplanten Beiträge zur Minderung von Treibhausgasemissionen zu erarbeiten und diese deutlich vor der Klimakonferenz in Paris im Jahr 2015 in klarer, transparenter und verständlicher Form vorzulegen. Staaten und Staatenbünde müssen somit möglichst schnell ihre Vorschläge erarbeiten und vorlegen. Europa hat eine entscheidende Rolle, damit dieser politische Prozess neue Dynamik erhält. Um diese Dynamik entfalten zu können, muss Europa frühzeitig klare und ehrgeizige Ziele für die Zeit nach 2020 beschließen. Um ein Vorbild für andere Staaten zu sein, muss die EU ihre anspruchsvollen Ziele vor dem Klimagipfel in New York, zu dem UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon eingeladen hat, verabschieden.

— Wir begrüßen die positive Entwicklung, die in vielen Staaten der Welt in den letzten Jahren gemacht wurde. Die Studie „The Globe Legislation Study“ hat die Klimaschutzgesetzgebung in 66 Ländern untersucht. Sie zeigt auf, dass in den 66 untersuchten Staaten, die für rund 88 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich sind, über 500 Gesetze zum Schutz des Klimas erlassen wurden. Wie sich zeigt, engagieren sich keineswegs nur die reichen Staaten beim Klimaschutz. Vor allem Schwellen- und Entwicklungsländer legen in hohem Tempo Gesetzgebungen zum Klimaschutz vor. 61 der 66 untersuchten Länder haben bereits einschlägige Gesetze, die saubere Energieformen im Inland fördern, 54 Staaten flankieren die Energieeffizienz mit Gesetzen und Verordnungen. Die nächste Studie wird im Frühjahr 2015 vorgestellt werden. In ihr werden die entsprechenden Bemühungen von über 100 Staaten untersucht. Klimaschutz ist also kein Wettbewerbsnachteil. In vielen anderen Ländern gibt es Bewegung zu mehr Klimaschutz. Eine progressive Energiepolitik ist somit nicht nur gut für den

Klimaschutz, sondern auch wichtig für die Innovationsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Im Prozess der Erarbeitung eines neuen internationalen Klimaabkommens spielen Parlamente eine wichtige Rolle.

Der nächste wichtige Termin ist der „2nd World Summit of Legislators“ vom 6.- 8. Juni 2014 in Mexico City. Wir werden dafür sorgen, dass dort eine hochrangig besetzte Delegation Deutschland vertritt. Deutschland und Europa haben noch einige Aufgaben zu erledigen, um einen ambitionierten Impuls auf dem Gipfel von Ban Ki-Moon geben zu können.

Wir ermutigen die Bundesregierung zu einer progressiven Rolle im Rahmen der Verhandlungen zur zukünftigen Klima- und Energiepolitik der EU im Sinne eines ambitionierten Klimaschutzes. Es ist zentral, dass sich die Bundesregierung für drei verbindliche und ehrgeizige EU-Ziele – Klimaschutz, erneuerbare Energien und Energieeffizienz – bis 2030 einsetzt und somit die Position des Europaparlaments unterstützt. Denn die Ziele für die europäische Klima- und Energiepolitik nach dem Jahr 2020, die die EU-Kommission im Januar vorgelegt hat, sind nicht ausreichend.

Als nächster Schritt ist die Festlegung eines ambitionierten Zieles im Bereich der Energieeffizienz wichtig. Zudem ist eine strukturelle Reform des Emissionshandels bereits vor 2021 notwendig. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für diese Ziele und Maßnahmen beim kommenden Gipfel des Europäischen Rates und bei der weiteren Debatte innerhalb der Europäischen Union einzusetzen.